

Inhalt

*Autor*innenkollektiv*

EINMISCHEN gegen Rechts – Extrem rechte Interventionen als Herausforderung für Bildung. Eine Einleitung	7
--	---

Michael Otten, Franco Rau

Digitale Hegemonie und Desinformation von Rechts: Zwischen metapolitischen Zielen, digitalen Strategien und pädagogischer Einmischung	19
---	----

Elisabeth Faria Lopes, Lisa Tölle

Verschwörungsideologien im sozialen Nahraum – Auswirkungen und Interventionen – ausgewählte Ergebnisse aus dem RaisoN-Projekt	35
---	----

Bettina Lösch

Neutralität von Bildung und Zivilgesellschaft? Wie mittels autoritärer und rechter Strategien demokratische Prinzipien und Strukturen beschädigt werden	57
---	----

Rita Nikolai, Line Saur, Moritz Gawert

Schule unter Druck: Die Neutralitätsdebatte als Strategie der AfD gegen demokratische Bildung	73
--	----

Saloua Mohammed Oulad M'Hand

Extrem rechte Interventionen und Soziale Arbeit: Anschlussstellen, Vulnerabilitäten und menschenrechtsbasierte Gegenstrategien	89
---	----

Anikó Vida, Zoltán Háberman, Júlia Wéber

The de-professionalisation of social work in Hungary – attacks on the discipline and academic training from the right	107
--	-----

*Autor*innenkollektiv*

EINMISCHEN als gemeinsamer Nenner: unterschiedliche Zugänge, geteilte Verantwortungen. Ein Fazit	131
---	-----

EINMISCHEN gegen Rechts – Extrem rechte Interventionen als Herausforderung für Bildung. Eine Einleitung

*Autor*innenkollektiv*

In den vergangenen Jahrzehnten haben extrem rechte Bewegungen in zahlreichen Ländern – darunter auch Deutschland – sowohl politisch als auch gesellschaftlich an Einfluss gewonnen (für den bundesdeutschen Kontext vgl. Decker/Brähler 2022; Decker et al. 2024; Zick/Küpper 2021; Zick/Küpper/Mokros 2023; Zick et al. 2025; für die Analyse der Neuen Rechten und ihrer Krisennarrative vgl. auch Schilk 2024; Gebhardt 2024; für US-Amerika vgl. Ramos 2024; für Ungarn vgl. Heinrich 2019; Vida/Háberman/Wéber in diesem Band [i.d.Bd.]; für Argentinien vgl. Naundorf 2024). Im Zuge dessen haben extrem rechte Akteur*innen und Politiker*innen eine zunehmende Verschiebung des öffentlichen Sagbarkeits- und Handlungsfeldes hin zu einer Normalisierung menschenverachtender Positionen bewirkt. Sie rahmen dabei antidemokratische und extrem rechte Meinungen als mehrheitsgesellschaftlich getragene Werte, um darüber politischen Einfluss auf unterschiedlichen Ebenen und an diversen gesellschaftlichen Orten zu gewinnen (Salzborn 2018; Virchow 2016). Diese Entwicklung vollzieht sich nicht allein über Parteien und Wahlerfolge, sondern auch über publizistische, kulturelle und metapolitische Interventionen, die auf eine langfristige Verschiebung gesellschaftlicher Deutungsmuster zielen.

Die im Titel des Bandes prominente Analysekategorie der extremen Rechten knüpft an aktuelle wissenschaftliche Debatten an und markiert zugleich eine demokratietheoretische Position (Häusler 2021). In Anlehnung an Virchow (2016) grenzen wir uns damit von einem verkürzten Extremismusverständnis ab, das politische Phänomene primär an imaginierten gesellschaftlichen Rändern verortet und als Abweichungen von einer vermeintlich neutralen demokratischen ‚Mitte‘ fasst. Stattdessen rückt die Kategorie extrem rechts ein breiteres Spektrum politischer Positionen in den Blick, die gesellschaftliche Ungleichheiten, Hierarchisierung und Ausgrenzung als legitim oder naturgegeben begreifen: Häusler (2008) sowie Hafenecker und Schönfelder (2007: 9) folgend wird der Begriff der extremen Rechten als Sammelbegriff für das gesamte politische rechte Spektrum verwendet, das von rechtskonservativen Grauzonen bis hin zu offen neonazistischen Szenen reicht. Kennzeichnend sind dabei insbesondere völkisch-nationalistische, rassistische und antisemitische Ideologeme, autoritäre Politikvorstellungen sowie die grundsätzliche Ab-

lehnung des gesellschaftlichen und rechtlichen Gleichheitsprinzips und menschenrechtlicher Prinzipien, die sich unter anderem in dominanzgesellschaftlichen Diskriminierungsverhältnissen und in der Rassifizierung und Biologisierung sozialer Problemlagen ausdrücken. Der Begriff erlaubt es, extrem rechte Positionierungen als Bestandteil gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, Normalisierungsprozesse und hegemonialer Auseinandersetzungen zu analysieren.

Im Zentrum des vorliegenden Bandes steht der Bildungskontext in seinen Dimensionen Erziehung, Schule und Sorge. Gerade hierfür ist die begriffliche Entscheidung für extrem rechts von besonderer Relevanz, weil sie den Blick auf gesellschaftliche Konfliktlinien, Machtverhältnisse und Normalisierungsprozesse richtet und extrem rechte Positionierungen nicht bloß als randständige Abweichungen von einem vermeintlichen demokratischen Konsens missversteht. Zugleich wird damit sichtbar, dass pädagogische Felder nicht nur Orte der Auseinandersetzung mit extrem rechten Positionierungen sind, sondern selbst zum Gegenstand neurechter Krisendeutungen werden (vgl. Dintenfelder 2025; Gläser/Hentges 2024). Der Titel des Bandes – „Einmischen gegen rechts – Extrem rechte Interventionen als Herausforderung für Bildung“ – verweist dementsprechend auf Praktiken und Akteur*innen, die demokratische Grundwerte wie Gleichwertigkeit, soziale Gerechtigkeit, Pluralität und Menschenrechte grundlegend infrage stellen, unabhängig davon, ob sie sich offen extrem rechts oder in moderater, anschlussfähiger Form präsentieren. Dass pädagogische Felder heute in besonderer Weise zum Gegenstand extrem rechter Interventionen werden, ist dabei nicht als neuartiges Phänomen zu verstehen, sondern verweist auf längerfristige historische Kontinuitäten extrem rechter Einflussnahme in Deutschland.

Diese Einflussnahme hat in Deutschland eine lange Geschichte und lässt sich sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR bis in die Nachkriegszeit zurückverfolgen (vgl. Birsl/Quent 2025). Während sich in der Bundesrepublik früh unterschiedliche extrem rechte Strömungen formierten, die an völkische, autoritäre und nationalsozialistische Traditionsbestände anknüpften, blieb die Existenz extremer rechter Akteur*innen und Gewaltphänomene in der DDR lange systematisch verdeckt. Das sozialistische Versprechen, eine neue politische Ordnung aufzubauen, die ihre ‚Lehren‘ aus dem Nationalsozialismus gezogen habe, führte dabei zum einen dazu, dass sich „auch auf längere Sicht keine (selbst-)kritische gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit entwickeln konnte“ (Frei et al. 2019: 15) und verhinderte zum anderen, dass die Existenz extrem rechter Gruppen und Akteur*innen sowie durch sie verübte Vorfälle wie Hakenkreuz-Schmierereien oder gewalttätige Übergriffe bagatellisiert und sogenannten Rowdies, Randalierern oder negativ-dekadenten Jugendlichen zugeschrieben wurden (Stöss 2000: 62).

Für die frühe Bundesrepublik war das extrem rechte Spektrum zunächst vor allem durch offen neonazistische Strömungen geprägt, die sich explizit auf

den Nationalsozialismus sowie auf autoritäre und nationalistische Bewegungen der Weimarer Republik bezogen. Im weiteren Verlauf differenzierten sich Ideologieformen, Organisationsweisen und politische Strategien aus. In diesem Zusammenhang kommt der sogenannten „Neuen Rechten“ besondere Bedeutung zu, die in ihren ideologisch-theoretischen Bezügen und Erscheinungsformen deutlich heterogener ist als klassische neonazistische Akteur*innen (Virchow 2016; Gebhardt 2024; Schilk 2024). Gebhardt (2024) beschreibt die Neue Rechte als seit den 1960er-Jahren entstandenes intellektuelles Netzwerk, das sich auf die „Konservative Revolution“ bezieht, dabei aber vor allem über metapolitische Strategien, also über den Kampf um Begriffe, Deutungen und kulturelle Hegemonie, wirksam werden will. Im Zentrum stehen anti-egalitäre, autoritäre und radikal antiliberaler Weltbilder sowie ein ethnisch-kulturell aufgeladener Volksbegriff. Die Neue Rechte operiert nicht mehr ausschließlich mit offen radikalen Positionen, sondern versucht gesellschaftliche Diskurse, kulturelle Deutungsmuster und öffentliche Selbstverständlichkeiten langfristig zu verschieben und hegemoniale Deutungsmacht zu erlangen – ein Prozess, den Gramsci (1991) als *Kampf um Hegemonie* bezeichnete und der von der Neuen Rechten strategisch aufgegriffen wurde (Gläser/Kater 2023). Ziel ist hierbei, öffentliche Debatten zu beeinflussen, Diskurse zu prägen und eine Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und extremer Rechter zu öffnen, um darüber auch parteipolitisch an Einfluss zu gewinnen (vgl. Pfahl-Traugbher 2019). Gerade diese metapolitische Arbeitsweise ist für den vorliegenden Band insofern relevant, als sie deutlich macht, dass extrem rechte Einflussnahme nicht nur in offen radikalen Erscheinungsformen, sondern auch in diskursiven, institutionellen und professionellen Kontexten wirksam wird.

Unverändert bleibt dabei das Bestreben, eine dauerhaft etablierte Partei im extrem rechten Spektrum jenseits der CDU/CSU zu verankern. Die extrem rechten Parteien der Bundesrepublik – von der NPD und DVU über die Republikaner bis zu jüngeren Formationen – bilden keine historische Ausnahmeerscheinung, sondern stehen in der Kontinuität einer völkischen Denktradition, die das deutsche politische Spektrum seit dem 19. Jahrhundert durchzieht. Innerhalb dieser hat sich eine feste Kultur extrem rechten Denkens etabliert, der es gelingt, Menschen nachhaltig zu binden und neue Generationen für diese Ideologie zu gewinnen. Sie umfasst sowohl einen intellektuell-publizistischen Bereich als auch popkulturelle Strömungen wie unterschiedliche rechtsextreme Musikstile sowie auch jugendkulturelle Angebote. Der gesellschaftliche Einfluss extrem rechter Akteur*innen verlief in der Geschichte der Bundesrepublik nicht linear, sondern in Phasen wechselnder Stärke und Reichweite (vgl. Birsl/Quent 2025). Als Ausgangspunkt des vorliegenden Bandes dient jedoch die Beobachtung, dass sich diese Einflussnahme in der jüngeren Gegenwart noch weiter intensiviert hat.

Auch pädagogische und soziale Handlungsfelder sind von dieser Entwicklung betroffen. Besonders wenn Fragen von Demokratie, Pluralität, Differenz

und Zugehörigkeit verhandelt werden, werden diese Felder auf spezifische Weise zum Gegenstand extrem rechter Interventionen. Vertreter*innen der extremen Rechten verfolgen das Ziel, die (vor- und außer-) schulische Bildungspraxis über die angebliche Verpflichtung auf ein Neutralitätsgebot zu entpolitisieren (Lösch i.d.Bd.; Lösch 2022) – eine Forderung, die inzwischen von verschiedenen Parteien auf Bundes- und Landesebene immer wieder starkgemacht wird (Nikolai/Saur/Gawert in Bezug auf die AfD in Bayern i.d.Bd.). Daneben versuchen extrem rechte Bewegungen und Akteur*innen Einfluss auf die Soziale Arbeit zu nehmen und rechte Perspektiven in diesbezüglichen Arbeitsfeldern zu etablieren – zugleich ist auch die Soziale Arbeit selbst in gesellschaftliche Macht- und Ungleichheitsverhältnisse eingebunden und bietet Anknüpfungspunkte für extrem rechte Narrative, etwa im Kontext von Flucht und Migration (Mohammed Oulad M’Hand i.d.Bd.; Gille/Jagusich/Chehata 2021). Einflussnahmen in anderen Ländern haben bereits zu tiefgreifenden Veränderungen und zum Teil zu einem regelrechten Zerfall der Profession der Sozialen Arbeit geführt (Vida/Häberman/Wéber in Bezug auf Ungarn i.d.Bd.). Nicht zuletzt zielen Vertreter*innen der extremen Rechten darauf ab, differenzsensible und diskriminierungskritische Perspektiven, beispielsweise in Bezug auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowie Rassismuskritik, zu delegitimieren (Nikolai/Feldengut 2024).

Die skizzierten Entwicklungen wirken sich auch auf den Hochschulkontext aus. Die von extrem rechten Akteur*innen postulierte Neutralitätsverpflichtung bei gleichzeitiger Berufung auf Wissenschaftsfreiheit begünstigt und beschleunigt das Verbreiten extrem rechter Inhalte (Haker/Otterspeer 2025). Während im Herbst 2025 in diesem Kontext die Eingriffe der US-Regierung in das US-amerikanische Hochschulwesen in den Medien prominent diskutiert wurden, vollzieht sich seit einigen Jahren in Deutschland fast unmerkelt unter dem Schlagwort Neutralitätsverpflichtung eine ähnliche, wenn auch bislang weniger tiefgreifende, Entwicklung: So haben in den vergangenen Jahren verschiedene Parteien in den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt parlamentarische Anfragen zu Lehre und Forschung zu Critical Race Theory und Postkolonialen Studien an Hochschulen gestellt. Mit Bezugnahme auf vermeintliche Unwissenschaftlichkeit und auf vorgeschobene politische Agenden versuch(t)en Akteur*innen der extremen Rechten, Einfluss auf die Freiheit von Lehre und Forschung zu nehmen, rassismuskritische sowie postkoloniale Positionen zu delegitimieren und Einzelpersonen, die sich auf diesem Gebiet äußern, zu diffamieren (Haker/Otterspeer 2025). Hierbei werden u.a. über das Instrument der parlamentarischen Anfragen bestehende bildungs- und hochschulpolitische Machtstrukturen insofern instrumentalisiert, als dass sich auf verschiedenen Ebenen Akteur*innen oppositionell oder opportunistisch positionieren bzw. davon ausgehen, sie müssten sich opportunistisch verhalten. Dies verweist auf das Wissen der anfragenden Akteur*innen über die strukturellen Bedingungen im Hochschulkontext und lenkt zugleich den

Fokus darauf, dass dieses Wissen und die daraus entstehenden Interventionen der extremen Rechten Gegenstand gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Analysen und Kritik sein müssen.

Vor diesem Hintergrund verweist der erste Teil des Titels „Einmischen gegen rechts“ auch auf die Ausrichtung des vorliegenden Bandes: Angesichts der beschriebenen Interventionen scheint uns als Herausgeber*innen ein vermeintlich neutrales, wissenschaftlich beschriebenes Selbstverständnis nicht ausreichend. Neben der Notwendigkeit, über Inhalte sowie die Art und Weise der Interventionen zu informieren und für diese zu sensibilisieren, ist der Titel auch mit unserer Positionierung gegen diese Einflussnahmen verbunden. Denn auch für uns als Lehrende in pädagogischen Studiengängen an verschiedenen Hochschulen sind völkisch-autoritäre Verschiebungen auf unterschiedlichen Ebenen relevant: Wir beobachten zum Ersten die oben skizzierte zunehmende Einflussnahme auf die pädagogischen Handlungsfelder, für die sich die Studierenden an unseren Hochschulen theoretisch und fachlich qualifizieren, und die auch in diesem Band nachgezeichnet werden. So sind Schulen und Institutionen der Sozialen Arbeit zunehmend damit konfrontiert, sich gegenüber extrem rechten bildungspolitischen und gesellschaftlichen Strömungen zu legitimieren. Auch müssen sie sich verstärkt mit extrem rechten Adressat*innen auseinandersetzen und ihre pädagogische Arbeit an diese Bedingungen anpassen. Zum Zweiten nehmen wir als Lehrende die Auswirkungen dieser autoritären bildungspolitischen Verschiebungen auch in unserem hochschulischen Alltag wahr, zum Beispiel, wenn wir uns über die Auswirkungen der genannten Kleinen Anfragen austauschen, uns in der Lehrkräftebildung kritisch mit dem Neutralitätsgebot auseinandersetzen oder mit rechten Angriffen auf dem Campus, etwa rechte Schmierereien oder die gezielte Zerstörung von Symbolen queerer Sichtbarkeit, umgehen müssen¹. Dies wirkt sich zum Dritten auch auf unsere Lehre aus, in der wir Studierende dazu ermutigen, gemeinsam mit uns auf diese gesellschaftlichen Entwicklungen einzugehen, sie zu verstehen und kritisch zu analysieren sowie deren Relevanz für ihr (späteres berufliches) Handeln zu antizipieren.

Wir blicken aus differenten Perspektiven auf die Thematik: So unterscheiden sich zum einen unsere disziplinären Verortungen, die von der (Grund-)Schulpädagogik, Sonderpädagogik, Sozialen Arbeit, Allgemeinen Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung bis zur Politikwissenschaft reichen. Dies trifft in ähnlicher Weise auf unsere Schwerpunkte in Forschung und Lehre zu. Manche von uns befassen sich explizit mit autoritären Bewegungen und der extremen Rechten, andere verorten sich im Feld der Diskriminierungskritik bzw. der Analyse von Macht- und Ungleichheitsverhältnissen.

1 Siehe dazu beispielhaft die Vorfälle an der Ruhr-Universität Bochum: <https://uni.ruhr-uni-bochum.de/de/stellungnahme-politisch-motivierte-angriffe-auf-einrichtungen-des-campus> [Zugriff: 22.01.2026].

Uns verbindet zugleich aber das gemeinsame Ziel und das Bedürfnis, uns angesichts der skizzierten gesellschaftlichen Entwicklungen über Ein- und Angriffe extrem rechter Akteur*innen zu informieren und uns gegen diese zu positionieren – für eine demokratische Bildungs- und Debattenkultur an Hochschulen und darüber hinaus. Ein zentraler Ausgangspunkt für unser Bedürfnis nach Positionierung gegen die extreme Rechte und für unsere Vernetzung waren die Ergebnisse der Correctiv-Recherche Anfang des Jahres 2023. Mit dieser rückten rassistische Deportationspläne, die Politiker*innen verschiedener Parteien mit extrem rechten Aktivist*innen und Unternehmer*innen in einem Potsdamer Hotel schmiedeten, in den Blick der Öffentlichkeit. Dies war der Anlass für einige Lehrende der Universität Siegen², sich verstärkt mit dem Erstarken der extremen Rechten und den Konsequenzen für diskriminierungskritische Positionen zu befassen und sich zugleich mit anderen Wissenschaftler*innen an verschiedenen Hochschulstandorten in NRW zu vernetzen.

In der Diskussion untereinander sowie in Diskussionen in verschiedenen anderen hochschulischen Kontexten stellten wir als diskriminierungskritische Forschende wiederkehrend fest, dass es in der gegenwärtigen Situation auch für uns zunehmend wichtig wird, sich mit autoritären und extrem rechten Positionen und Akteur*innen kritisch-reflexiv zu befassen. Ein Fokus von diskriminierungskritischer Forschung ist die Analyse von Macht-, Herrschafts- und Diskriminierungsverhältnissen auf struktureller, institutioneller und interaktionaler Ebene. Neben beabsichtigter und bewusster Diskriminierung ist auch unbewusste und unbeabsichtigte Diskriminierung in diesem Kontext bedeutsam (Gomolla 2023). Insbesondere im Kontext rassismuskritischer Arbeiten wurde dabei auf die Relevanz von impliziten und nicht intendierten Formen von Rassismus hingewiesen (siehe u.a. Mecheril/Melter 2021). Damit rückt der Fokus weg von den vermeintlichen Rändern der Gesellschaft hin zu einer „Normalität rassistischer Ordnung“ (Brodén/Mecheril 2010: 12), die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt. Gegenwärtig zeigen sich Diskriminierungsformen wieder ganz offen und intendiert. Mit der Hinwendung zu den Themen dieses Bandes wollen wir als diskriminierungskritische Forscher*innen unseren Blick von nicht intendierten, wenngleich tiefgreifenden internalisierten und folgenreichen Formen von Diskriminierung ergänzen um eine Analyse derjenigen, die inzwischen ganz offen andere Menschen diskriminieren, sie zu einem Problem (für das Stadtbild, für die Töchter ...) erklären, sie ab-

-
- 2 Die hier genannten Lehrenden der Universität Siegen gehören dem „Arbeitskreis diskriminierungskritische Lehre“ an, der sich 2022 gründete und das Ziel verfolgt, bestehende Lehre im Feld der Diskriminierungskritik miteinander zu vernetzen. Der Arbeitskreis versteht sich als reflexiver und kollektiver Ort kollegialen Austauschs über Erfahrungen und davon abgeleiteten Entwicklungsperspektiven für die Lehrtätigkeit aller Beteiligten. Das Format dient seither als strukturell angelegter informeller Professionalisierungsraum für alle Lehrenden der Universität Siegen.

schieben oder erst gar nicht nach Europa fliehen lassen wollen, bis hin zu jenen, die ihnen ihr Existenzrecht absprechen wollen.

Aus diesen Überlegungen ergab sich der Wunsch, mit weiteren diskriminierungskritisch forschenden Lehrenden an verschiedenen Hochschulstandorten in Kontakt zu kommen, Energien zu bündeln und bestehende Initiativen zu verbinden. Hieraus entstand die standortübergreifende Veranstaltungsreihe „EINMISCHEN – Extrem rechte Interventionen als Herausforderung für Bildung in einer demokratischen Gesellschaft“. Diese wird seit dem Sommersemester 2024 gemeinsam von Lehrenden der Universität Siegen, der Bergischen Universität Wuppertal, der Hochschule Düsseldorf, der Universität Duisburg-Essen sowie seit Herbst 2025 auch der Ruhr-Universität Bochum und der Pädagogischen Hochschule Freiburg organisiert. Die Veranstaltungen bieten Studierenden sowie Dozierenden in den Bildungs- und Sozialwissenschaften sowie Lehrkräften, Sozialarbeitenden, (politischen) Bildner*innen und allen darüber hinaus Interessierten Strukturen und Möglichkeiten, sich fortzubilden und sich im standortinternen und -übergreifenden Austausch zu vernetzen.

Der vorliegende Band richtet sich an Studierende erziehungs- und sozialwissenschaftlicher Fachrichtungen, an Fachkräfte der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der Sozialen Arbeit, an Lehrkräfte sowie an wissenschaftliche Mitarbeitende von Hochschulen, an Journalist*innen und an die interessierte Öffentlichkeit. Ziel des Bandes ist es, anhand ausgewählter Beiträge Einblicke in unterschiedliche Perspektiven der Thematik der Veranstaltungsreihe zu geben. Die Beiträge fokussieren sich dabei auf Gegenwartsdiagnosen in unterschiedlichen Feldern von Bildung, Sorge und Erziehung.

Hierbei stehen Beiträge im Zentrum, die aktuelle Strategien der extremen Rechten analysieren, Diskurse zu verschieben und realpolitische Veränderungen herbeizuführen: Michael Otten und Franco Rau befassen sich damit, wie zentrale Akteur*innen und Netzwerke der extremen Rechten digitale Öffentlichkeiten nutzen, um kulturelle Hegemonie zu gewinnen (Kapitel 1). Sie machen dabei deutlich, dass neben politischer Medienbildung auch zivilgesellschaftliche Interventionsformen wie Regulierung und Strafverfolgung sowie interdisziplinäre Forschung zentrale Bausteine sind, um Desinformation und digitaler Diskursverschiebung zu begegnen (Kapitel 2). Der Beitrag von Elisabeth Faria Lopez und Lisa Tölle befasst sich mit Verschwörungsideologien, die bis in den sozialen Nahraum hineinwirken und Beziehungen in Familien, Partner*innenschaften, Freund*innenschaften sowie beruflichen Kontexten belasten oder zerstören. Dabei verstehen sie Verschwörungsideologien als ideologische Schmiermasse extrem rechter Politiken, die Differenzen zwischen der extremen Rechten und bürgerlichen Spektren mit zahlreichen ideologischen Scharnieren zu überbrücken versuchen (Kapitel 3).

Die Beiträge von Bettina Lösch und von Rita Nikolai, Line Saur und Moritz Gawert legen den Fokus darauf, wie im (Kampf-)Feld der politischen und

der schulischen Bildung Akteur*innen der extremen Rechten an Deutungskämpfen beteiligt sind und Diskurse lenken und zu verschieben versuchen. Darüber werden Akteur*innen im Bildungsbereich unter Druck gesetzt und die Bedingungen von Bildung real verändert. Bettina Lösch befasst sich damit, wie die freie und unabhängige politische Meinungs- und Willensbildung durch die Forderung nach Neutralität eingeschränkt wird. Hierzu betrachtet sie die politische Auseinandersetzung um Neutralität als demokratiepolitischen Konflikt, in der sowohl der Beutelsbacher Konsens als auch gegenwärtige Umdeutungen von Demokratie eine zentrale Rolle spielen (Kapitel 4). Während Lösch das Feld der politischen Bildung betrachtet, widmet sich der Beitrag von Rita Nikolai, Line Saur und Moritz Gawert dem Feld der schulischen Bildung. Die Autor*innen analysieren exemplarisch am Landesverband Bayern, wie die AfD die Neutralitätsdebatte strategisch nutzt, um demokratische Bildung an Schulen einzuhegen und pluralitätsorientierte Inhalte zu delegitimieren. Auf Basis des schulrechtlichen Rahmens erklären sie Demokratiebildung zur Querschnittsaufgabe und „Neutralität“ im Sinne einer weltanschaulichen Offenheit sowie als Überwältigungsverbot und Kontroversitätsgebot stark (Kapitel 5).

Zwei weitere Beiträge widmen sich der Profession und der Disziplin der Sozialen Arbeit in Deutschland und Ungarn und analysieren zum einen mit Blick auf Deutschland diskursive Einflussnahmen wie Kampagnen der Diskreditierung, Isolierung und Entpolitisierung auf die Soziale Arbeit ebenso wie die Deprofessionalisierung der Profession durch Angriffe von rechten Akteur*innen im Kontext Ungarns: Saloua Mohammed Oulad M’Hand hebt dabei für Deutschland die Rolle der extremen Rechten für die Soziale Arbeit auf der Ebene der Profession selbst, der Ebene der Adressat*innen sowie der Ebene extrem rechter Einflussnahmen auf soziale Strukturen und Einrichtungen der Sozialen Arbeit hervor (Kapitel 6). Anikó Vida, Zoltán Háberman und Júlia Wéber verdeutlichen am Beispiel Ungarns, wie die Deprofessionalisierung der Disziplin in den vergangenen Jahren einherging mit der Verknüpfung der rechtspopulistischen Politik des Orbán-Regimes mit dem politischen Christentum (Kapitel 7). Beide Beiträge heben damit hervor, dass ähnlich wie im Feld der politischen und der schulischen Bildung Neutralität aus professionsethischer Perspektive nicht missverstanden werden darf als Legitimierung menschen- und demokratiefeindlicher Positionen und Handlungen.

Der Sammelband gibt Einblicke in ausgewählte Felder der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und ihren Interventionen im Bildungsbe-
reich. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, bietet jedoch fundierte Auseinandersetzungen mit spezifischen Kontexten von Erziehung, Schule und Sorge, in denen Interventionen gegen extrem rechte Strategien aktuell relevant sind.

Wir danken allen Autor*innen und Reviewer*innen dieses Bandes, allen Beitragenden der bisherigen EINMISCHEN-Vortragsreihen, sowie jenen Kolleg*innen, die uns mit ihren Gedanken und Anregungen bei der Entstehung